

wird", zog ein Mitglied einer ai-Delegation am 23. Mai in Islamabad gegenüber Pressevertretern nach Gesprächen mit Regierungsvertretern und Parlamentsabgeordneten Bilanz. Die Menschenrechtsorganisation legte den Ministern eine Dokumentation über 127 Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren und Todesfällen bei Polizeivernehmungen seit 1995 vor. Es gebe keine Anzeichen dafür, daß die pakistanische Regierung diese Menschenrechtsverletzungen verfolgen wolle, kommentierten die amnesty-Mitarbeiter die Reaktionen ihrer Gesprächspartner. Außerdem würden noch immer Menschen aufgrund der friedlichen Ausübung ihrer Religion hinter Gitter gebracht. Weiter zeigten sich die ai-Aktivistinnen darüber enttäuscht, daß Regierung und Opposition die Todesstrafe offen unterstützten.

111 Tote bei Lawinenglücken in Kashmir

Im von Pakistan kontrollierten Bergland der autonomen Region "Azad Kashmir" (freies Kashmir) sind in diesem Frühjahr durch Erdbeben und Gerölllawinen mindestens 111 Menschen getötet und mehrere Dutzend weitere verletzt worden. In den betroffenen Ortschaften wurden zahlreiche Häuser und eine Moschee unter den Gesteinsmassen begraben und zerstört. Nach paki-

stanischen Medienberichten ereigneten sich alle Unglücke im Neelum-Tal, das über weite Strecken parallel zur indisch-pakistanischen Waffenstillstandslinie verläuft. Sprecher der Behörden machten das Einsetzen der Schneeschmelze und heftige Regenfälle in der Region für die Katastrophenserie verantwortlich.

Deutscher Tourist entkommt Geiselnern

Einem am 10. April in der Südwestprovinz Balutschistan von unbekanntem Kidnapper entführten Abenteuer touristen aus Deutschland ist nach über dreiwöchiger Gefangenschaft die Flucht gelungen. Nach Informationen des deutschen Generalkonsulats in Karachi befand sich der aus Schwäbisch Hall stammende 56jährige zusammen mit einem Landsmann auf einer Radtour durch das dünnbesiedelte und touristisch nicht erschlossene Wüstengebiet, als er von drei bewaffneten Männern verschleppt wurde. Schließlich sei es ihm gelungen, seinen Entführern zu entkommen und sich in die Provinzhauptstadt Quetta durchzuschlagen, hieß es. Seine Wertsachen habe er allerdings eingebüßt. In offenbar guter körperlicher Verfassung konnte das Opfer am 9. Mai via Karachi nach Deutschland zurückfliegen.

First International Drama Festival Pakistan 1996

An dem gut organisierten Festival haben 24 Theatergruppen aus zehn Ländern teilgenommen. Weiterhin waren die Arbeiten fünf bildender Künstler und eines Theaterfotografen in einem Museum auf dem Theatergelände ausgestellt. Als Begleitprogramm für die Festivalteilnehmer wurden täglich Theaterworkshops angeboten, die dem künstlerischen Austausch gewidmet waren. Deutschland war auf dem Festival neben dem 'Euro Theater Central Bonn' noch durch die Uckermarkischen Bühnen Schwedt und durch das 'Gripstheater' aus Berlin vertreten. Besucht wurde das Festival weitgehend von Pakistani, gespielt wurde in der jeweiligen Landessprache oder, mit Rücksicht auf das Gastgeerland, auf Englisch. Das zweite Festival dieser Art soll bereits im November 1997 stattfinden. Es wäre den Veranstaltern sehr dienlich, wenn die Regierungen der am Festival beteiligten Gastländer sowie internationale Medien und Kulturinstitute mit offiziellen Schreiben an die pakistanische Regierung auf das erste Festival reagieren und damit ihr Interesse an einer Fortsetzung dieses Kulturaustausches bekunden würden.

Kinderarbeit: Gewerkschaftsverband fordert EU-Sanktionen

von Jorge Scholz

Die 'Internationale Konföderation freier Gewerkschaften' (ICFTU) hat im letzten Monat wiederholt von der Europäischen Union (EU) verlangt, Pakistan aus dem "Allgemeinen Präferenzhandelsystem" (GSP) auszuschließen. Mit dieser Strafmaßnahme soll nach den Vorstellungen der Gewerkschafter eine Eindämmung der Kinderarbeit in Pakistan, vor allem in der Teppichindustrie, erzwungen werden (siehe dazu auch 'Südasiens', 2-3/96). Hintergrund: Seit Jahresbeginn gültige GSP-Bestimmungen sehen vor, daß die EU Handelskonzessionen rückgängig machen kann, wenn ein Land mit Zwangsarbeit operiert.

Die ICFTU wirft Pakistan vor, die Einhaltung von 1991 und 1992 verabschiedeten Gesetzen, die Kinderarbeit bzw. Schuldknechtschaft verbieten, nicht durchzusetzen. Der Gewerkschaftsverband fühlt sich in seiner Einschätzung durch den jüngsten Pakistan-Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation der

UN (ILO) in seiner Einschätzung bestätigt, in dem es heißt, das Land habe Schuldknechtschaft und Kinderarbeit noch nicht in den Griff bekommen. Die USA beschlossen deshalb vor kurzem, die GSP-Nutzung Pakistans auszusetzen.

ICFTU hatte den Ausschluß aus dem Präferenzhandelsystem bereits im letzten Sommer auf die Brüsseler Tagesordnung gebracht, doch die EU konnte sich damals nicht auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Pakistan einigen. Frankreich, Belgien und fünf weitere Länder befürworteten damals eine sofortige Überprüfung der Vorwürfe, während sich acht Staaten, darunter Deutschland und England, dagegen aussprachen. Seit Anfang Mai beschäftigt sich nun die EU erneut mit dem Thema. In diesem Zusammenhang wird auch an einer Stellungnahme der EU zu einer generellen "Sozialklausel" gefeilt, die es der Welthandelsorganisation (WTO) ermöglichen könnte, Handelskonditionen

an die im jeweiligen Land herrschenden Arbeitsbedingungen zu koppeln. Die Ergebnisse der laufenden Beratungen lagen zum Redaktionsschluß noch nicht vor.

Wie viele Entwicklungsländer befürchtet Pakistan jetzt, daß die Industrieländer es mit dieser Regelung vom Markt drängen wollen. Der pakistanische EU-Botschafter Riaz Mohammad Khan zeigte zwar gegenüber der Presse Verständnis dafür, daß die Industriestaaten gegen unlauteren Wettbewerb vorgehen; eine Sozialklausel lehnt der Diplomat jedoch als völlig ungeeignetes Instrument kategorisch ab.

Auch die ILO gibt zu bedenken, daß die durch Strafmaßnahmen wie Handelsanktionen erzwungenen Entlassungen von Kindern für die Betroffenen den Verlust existenziell wichtiger Einkommen bedeuteten, was die Lebensbedingungen dieser Kinder und ihrer Familien noch weiter verschlechtern könnte. Stattdessen schlägt die ILO im Kampf

gegen die Kinderarbeit ein gemeinsames Vorgehen von Regierungen, Arbeitgebern, Nichtregierungsorganisationen und Sozialarbeitern vor.

Die mit dem Thema Kinderarbeit ins Kreuzfeuer internationaler Kritik geratene Bhutto-Regierung reagiert auf die Vorwürfe mit der Beteuerung, schon

heute im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen die Kinderarbeit vorzugehen, indem die Einhaltung der Gesetze schärfer überwacht würde. Außerdem habe man mehrere Projekte zur Verhinderung der Kinderarbeit gestartet, argumentieren die Unterhändler der Premierministerin.

Gewerkschaften und EU sind sich of-

fenbar einig, daß die Investition in solche Projekte sinnvoll ist. Die ICFTU besteht jedoch darauf, parallel dazu den wirtschaftlichen Druck zu verstärken. "Die EU hat das Problem lange auf sich beruhen lassen, doch sie kommt nicht umhin, Farbe zu bekennen", erklärte ein Gewerkschaftssprecher.

140 Zwangsarbeiter aus Privatgefängnissen befreit

Die regierungsunabhängige 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP) hat nach eigenen Angaben Anfang April in den ländlichen Gebieten der Südprowinz Sindh in Zusammenarbeit mit der Polizei 140 als Sklaven gehaltene Landarbeiter aus den Privatgefängnissen zweier Großgrundbesitzer befreit. Wie ein HRCP-Sprecher nach den Aktionen gegenüber Journalisten berichtete, befanden sich unter den Arbeitern, die teilweise schon seit zehn Jahren in Ketten auf den Zuckerrohrfeldern ihrer Peiniger Frondienste leisteten, viele Frauen und Kinder. Die Landarbeiter wurden von den Feudalherren in Schuldknechtschaft gehalten, was ein 1992 verabschiedetes Gesetz offiziell verbietet. Auch die oft über Generationen aufgehäuften Schulden der Landarbeiterfamilien gegenüber den Großgrundbesitzern, die als Rechtfertigung der Zwangsarbeit dient, wurden damals per Dekret gestrichen. Dennoch werden auch heute noch viele arme Bauern wegen des in der extensiven Landwirtschaft des Sindh herrschenden Arbeitskräftemangels von den Landbesitzern in Abhängigkeit gehalten und über ihre Rechte nicht aufgeklärt. HRCP schätzt, daß gegenwärtig rund zwei Drittel der in der sindhischen Landwirtschaft Beschäftigten Zwangsarbeit leisten. Über 1.000 von ihnen konnte HRCP nach eigenen Angaben seit 1992 aus diesen unmenschlichen Arbeitsverhältnissen befreien.

Ländliche Regionalentwicklung in Nordpakistan

Akzeptanz in der Bevölkerung der Astor-Talschaft

von Jürgen Clemens, Ruth Göhlen und Roland Hansen

Die Nachhaltigkeit ländlicher Entwicklungsprojekte hängt unmittelbar ab von deren Akzeptanz bei der Bevölkerung vor Ort sowie den Kooperations- und Partizipationsmöglichkeiten, die ihr tatsächlich eingeräumt werden. Das 'Aga Khan Rural Support Programme' in den Northern Areas von Pakistan gilt nicht nur dort als ein geradezu vorbildliches Entwicklungshilfeprogramm, besonders im Hinblick auf die Initiierung von Selbsthilfegruppen. Doch wie wirken sich dessen Aktivitäten tatsächlich auf der Dorfebene aus und wie steht ihm die Bevölkerung gegenüber? Die deutsche Bundesregierung fördert seit 1993 mit etwa 3,7 Millionen DM die Ausweitung dieses Programmes in das Astor-Tal am Nanga Parbat, unweit der kaschmirischen Waffenstillstandslinie. EthnologInnen und Geographen arbeiten schon seit 1991 in dieser Region und kommentieren den Projektstart.

Lange und harte Winter sowie ein kurzer Sommer mit manchmal schon im September einsetzenden Kälte- und Schlechtwettereinbrüchen machen es der Familie des 28-jährigen Farman Wali in Faqirkot (etwa 2.800 m) unmöglich, sich gänzlich von den Ernten der eigenen Felder zu ernähren. Erst nach der Schneeschmelze zwischen April und Mai können die Felder mit Ochsen gepflügt

werden. Zu dieser Zeit ist die Jeppiste jedoch häufig noch durch Lawinen blockiert, so daß Düngemittel und Saatgut nicht herantransportiert werden können. Zwar sind die traditionellen Weizensorten gut an die kurze Vegetationsperiode und an die Höhe angepaßt, doch oft führen Unwetter, wie im Jahr 1992, dazu, daß die Ernte gefährdet wird und das eigene Saatgut verdirbt.

Bis zur Teilung Kaschmirs 1947 gingen die Vorfahren von Farman Wali — wie die vieler Astori — bis zu zweimal im Jahr, in der schneefreien Zeit, über die mehr als 4.000 m hohen Pässe nach Srinagar oder bis an den Rand des Punjab, um sich mit Getreide, Tee, Salz und Zucker zu versorgen. Diese Handels- und Versorgungswege wurden durch die Waffenstillstandslinie zwischen